

Niederschrift

über die 5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Freitag, 10.12.2021 um 17:00 Uhr, in der Aula des Helmholtz-Gymnasiums (Am Holterhöfchen 30 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

stell. Vorsitz

Frau Sabine Kittel CDU

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Herr Michael Rupp	CDU	für Herrn Schimang
Herr Tristan Zeitter	CDU	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Yannick Hoppe	FDP	
Frau Sibylle Owsianowski	AfD	für Frau Niederquell

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrts-	
verband		
Frau Anne Krüger-Harms	AWO	
Frau Jutta Friesewinkel	Kinderschutzbund e.V.	für Frau Persicke
Herr Bodo Seume	FZG Behinderte und	für Frau Liebscher
Nichtbehinderte Hilden e. V.		
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle	

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda	Jugendamtselternbeirat
Frau Sabine Klein-Mach	Marie-Colinet-Sekundarschule
Hilden	
Herr Marco Martins Pereira	Vertreter Integrationsrat
Herr Lukas Pawicki	Agentur für Arbeit
Herr Jörg Koch	evangelischen Kirche
Herr Klaus Dietz	Kath. Kirchengemeinde Hilden
Herr Ilias Kenssi	Jugendparlament
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden
Herr Ulrich Siedentop	BÜRGERAKTION

Gäste

Frau Gabriele Losse Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Ulrich Brakemeier	Stadt Hilden
Beigeordneter Sönke Eichner	1. Beigeordneter
Kämmerin und Beigeordnete Anja Franke	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden
Herr Andreas Kante	Stadt Hilden
Frau Sonja Ockenfeld	Stadt Hilden
Frau Wibke Paas	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Stefanie Walder	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

- 1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin
WP 20-25 SV 51/112

Einwohnerfragestunde

- 2 Befangenheitserklärungen
- 3 Wahl eines/einer 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
WP 20-25 SV 51/110
- 4 Neufassung des Kontraktes mit der SPE Mühle über den Betrieb des Jugendclubs
WP 20-25 SV 51/071
- 5 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet Hilden und in Kindertagespflege
WP 20-25 SV 51/087/1
- 6 Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 15.11.2021 "Überarbeitung der Kenntnisnahme Haushaltskonsolidierung im Bereich der freiwilligen Leistungen des Amtes für Jugend, Schule und Sport"
WP 20-25 SV 51/111
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 8.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 10.12.2021: PCR Pooltestung in Kindertagesstätten
 - 8.2 Anfrage der BA-Fraktion vom 10.12.2021: Kompensation für nicht in Anspruch genommene Mittagsverpflegung

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rm Wannhof/SPD, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Sachkundiger Bürger Hirsch-Herda/Jugendamtseleternbeirat, stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss, teilte dem Vorsitzenden mit, dass er die Unterlagen auf Umwegen erhalten habe.

Anmerkung der Schriftführung:

Die verspätete Zusendung der Sitzungsunterlagen hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Änderungen zur Tagesordnung

Sachkundiger Bürger Siedentop/BA verlas folgenden Vertagungsantrag:

„Der Tagesordnungspunkt Ö 5 „Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet Hilden und in Kindertagespflege“ wird vorsorglich von der Tagesordnung genommen. Beratung und Beschlussfassung werden vertagt.

Begründung:

Gemäß Kinderbildungsgesetz (§10, Abs. 5) bedürfen „Entscheidungen, die die Eltern in finanzieller Hinsicht berühren“, grundsätzlich „der Zustimmung durch den Elternbeirat“. Wie einer heutigen Presseveröffentlichung zu entnehmen ist, hat eine Mitwirkung, geschweige denn eine Zustimmung der Elternbeiräte beim Zustandekommen der „Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet Hilden und in Kindertagespflege“ nicht stattgefunden, obgleich finanzielle Auswirkungen mit der Neufassung einhergehen.

Wie der Anlage 14 zur Sitzungsvorlage zu TOP 5 zu entnehmen ist, ist die Stadt vom JAEB auf diesen Sachverhalt schriftlich hingewiesen worden.

Wir erachten dies als erheblichen Rechtsmangel im Hinblick auf die Rechtssicherheit und etwaige Anfechtungsgründe bei der zu beschließenden Satzung. Angesichts der ohnehin strittigen Thematik halten wir es daher für dringend geboten, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und Beratung und Beschlussfassung zu vertagen, um der Verwaltung Gelegenheit zu geben, zunächst den Rechtsmängeln abzuwehren.

Vorsitzender Wannhof verlas den § 10 Absatz 5 „Elternmitwirkung in der Kindertageseinrichtung“ des Kinderbildungsgesetzes - KiBiz -

„Entscheidungen, die die Eltern in finanzieller Hinsicht berühren, bedürfen grundsätzlich der Zustimmung durch den Elternbeirat. Hierzu zählen vor allem die Planung und Gestaltung von Veranstaltungen für Kinder und Eltern sowie die Verpflegung in der Einrichtung, soweit es sich dabei zum Beispiel nicht nur um geringfügige Preissteigerungen im Rahmen allgemeinüblicher Teuerungsraten handelt.“

Er erklärte, dass sich dies auf Eltern beziehe, die in den Einrichtungen mitwirken.

Vorsitzender Wannhof/SPD erhob formale Gegenrede und gab den Vertagungsantrag der BÜRGERAKTION zur Abstimmung frei.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit einer Ja-Stimme der BÜRGERAKTION.

1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin

WP 20-25 SV 51/112

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bestellt Frau Sonja Ockenfeld zur stellvertretenden Schriftführerin gemäß § 52 Abs. 1 in Verbindung mit § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich Frau Lis, wohnhaft in Hilden und Vertreterin des Jugendelternbeirats und bat um die Änderung der Sitzungsvorlagen zum Tagesordnungspunkt 5 „Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet Hilden und in Kindertagespflege“.

Bereits im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen machten die Eltern darauf aufmerksam, dass es zu einer gespaltenen finanziellen Belastung für Eltern kommen würde, deren Kinder verschiedene Betreuungsangebote in Anspruch nehmen.

Sie fragte, warum die Verwaltung und Politik bislang keinen Mittelweg erarbeitet habe, die für eine durchschnittliche Familie tragbar wäre und wie könne die Elternschaft unterstützend tätig werden, um eine gemeinsame Lösung zu dieser Thematik zu erarbeiten?

1. Beigeordneter Eichner bedankte sich für den Hinweis und antwortete, dass der Ogata Bereich an gesetzliche Vorgaben gebunden sei und vertragliche Grundlagen geregelt werden müssen. Es müsse eine gemeinsame Satzung auf der gesetzlichen Grundlage und Verpflichtungen der Betreuung geben, jedoch auch außerhalb der gesetzlichen Vorgaben Handlungsspielraum eingeräumt werden. Zu bedenken sei eben die Familien zu entlasten, deren Kinder verschiedene Betreuungsangebote in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit und Kommunikation mit dem Jugendelternbeirat sei eine Unterstützung bei der Problemlösung.

2 Befangenheitserklärungen

Vorsitzender Wannhof/SPD, s.B. Schmidt/SPE Mühle und s.B. Wagner /Der Paritätische erklärten sich zum Tagesordnungspunkt 4 „Neufassung des Kontraktes mit der SPE Mühle über den Betrieb des Jugendclubs“ für befangen.

Rm Geißler/Bündnis 90/Die Grünen schlug Rm Gronemeyer/ Bündnis 90/Die Grünen als 2. stellv. Vorsitzende vor.

Weitere Vorschläge ergaben sich nicht, so dass in einem geheimen Wahlgang über den Vorschlag abgestimmt wurde. Sodann wurden die Stimmzetteln ausgehändigt und zur Abgabe der Stimme in geheimer Wahl aufgerufen.

Anschließend wurden das Abstimmungsergebnis von Kämmerin und Beigeordneten Franke sowie von der Schriftführerin Frau Ockenfeld ausgezählt und das Ergebnis dem Ausschussvorsitzenden mitgeteilt.

Beschlussvorschlag:

Zur 2. Stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses wird gemäß § 4 Abs. 5 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes AG-KJHG – vom 12. Dezember 1990 in der zurzeit gültigen Fassung folgendes Mitglied gewählt:

Ratsmitglied Anne Gronemeyer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung.

An der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligte sich Vorsitzender Wannhof/SPD wegen Befangenheit nicht. Für diesen Tagesordnungspunkt übernahm Rm Kitzel/CDU den Vorsitz und ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Hilden beschließt, nach Vorberatung des Jugendhilfeausschusses, den Übergangskontrakt mit dem SPE Mühle e.V. über den Betrieb des Jugendclubs für die Zeit vom 01.01.2022 bis 31.12.2022.
2. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung mit den Trägern die finale Ausgestaltung der Kontrakte bis zum 30.06.2022 abzustimmen. Die Kontrakte sollen ab dem 01.01.2023 bis zum 30.06.2026 gelten.
3. Der Rat der Stadt Hilden ermächtigt die Verwaltung bei Bedarf die Anlage C – Struktur- und Zielvereinbarung - in Abstimmung mit dem Träger anzupassen. Der Jugendhilfeausschuss wird über erfolgte Anpassungen im Rahmen des jährlichen Jugend- und Familienberichtes informiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Vorsitzenden Wannhof/SPD, s.B. Schmidt/SPE Mühle und s.B. Wagner /Der Paritätische wegen Befangenheit.

Vorsitzender Wannhof/SPD gab an, dass im Ausschuss für Finanzen und Beteiligung ein Antrag der BÜRGERAKTION sowie per Mail Anträge des Jugendamtselternbeirates und der FPD-Fraktion eingegangen seien. Er verlas die Anträge.

S.B. Hirsch-Herda/Jugendamtselternbeirat wies Ausschussvorsitzenden Wannhof/SPD darauf hin, dass er zu der Geschäftsordnungsdebatte und der dargelegten Formulierung der genannten Satzung abstand halte. Die Stimmung der Eltern sei auf Grund der personellen Situation in den Kitas angespannt, weshalb der Beschlussvorschlag hier keine Zustimmung finde. Zu bedenken sei die Schließung der Einrichtung für mehrere Wochen und bat daher, dass die Politik tätig werden solle.

S.B. Hoppe/FDP gab an, dass seiner Fraktion am Dienstag aufgefallen sei, dass der Änderungsantrag nicht den aktuellen Forderungen entspreche und daher eine überarbeitete Version zur Verfügung gestellt wurde. Die im Antrag zur Verfügung gestellten Tabellen seien davon unberührt.

Rm Gronemeyer/ Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass die Anträge und Anhänge zu umfangreich seien und die Zustellung dieser nicht frühzeitig erfolgte, so dass eine Bearbeitung und fraktionsinterne Abstimmung nicht rechtzeitig erfolgen konnte. Sollte es zu einer Abstimmung der nachgereichten Anträge kommen, werde ihre Fraktion sich enthalten.

Des Weiteren komme es im Bereich der Tagespflege zu erheblichen Problematiken für Familien, da zu beachten sei, dass das Tagespflegepersonal Urlaub und Krankentage in Anspruch nehmen werde. Für Eltern sei es kaum möglich, 46 Tage der Betreuung zu überbrücken. Die Verwaltung solle Vorschläge einbringen, wie sie z.B. durch Vertretungsregelungen dieser Situation entgegenwirken werde.

1. Beigeordneter Eichner stimmte zu, dass dies problematisch sei und erläuterte nochmal das Verfahren zu der Vertretungsregelung.

Vorsitzender Wannhof/SPD verkündete, dass der Antrag der BÜRGERAKTION weitergehend sei und gab somit diesen und die Anträge des Jugendelternbeirates zur Abstimmung frei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss sowie im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen die Neufassung der „Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet Hilden und in Kindertagespflege (Beitragssatzung Elementarbereich)“ ab dem 01.08.2022 in der gemäß **Anlage 3** vorgelegten Fassung.

Ferner beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss sowie im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, dass die

- Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Kostenbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtgebiet Hilden
- und die
- Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege im Stadtgebiet Hilden

zum 31.07.2022 außer Kraft treten.

Des Weiteren wird die Anlage 1 zu § 5 in der vorgelegten Fassung gemäß **Anlage 5** beschlossen.

Abstimmungsergebnis Antrag der BÜRGERAKTION:
Einstimmig abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Antrag 1 Jugendelternberat Thema „Personalausfall“ und „Pandemie“:
Mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Antrag 2 Jugendelternberat Thema „Kita“:
Hinweis: Punkt 1 des Antrages wurde zurückgezogen
Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Antrag 3 Jugendelternberat Thema „Kindertagespflege“:
Einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis Antrag 4 Jugendelternberat Thema „Tagespflege mit 46 Tage Betreuungsausfall“:
Einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis über den Beschlussvorschlag der Verwaltung:
Mehrheitlich angenommen

6	Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 15.11.2021 "Überarbeitung der Kenntnisnahme Haushaltskonsolidierung im Bereich der freiwilligen Leistungen des Amtes für Jugend, Schule und Sport"	WP 20-25 SV 51/111
---	--	--------------------

Rm Kittel/CDU erläuterte den Antrag ihrer Fraktion. Die CDU Fraktion möchte die Einführung eines Runden Tisches, um ein Gesamtkonzept bezüglich der Aufgabe der offenen Kinder- und Jugendarbeit am Standort Area 51 unter Beibehaltung des Standortes für die Teilnutzung (Auftrittsmöglichkeiten, Proberäume) zu entwickeln. Für die Moderation und Koordination des Runden Tisches wolle ihre Fraktion einen unabhängigen Berater einbeziehen, um weitere Maßnahme zu erarbeiten.

S.B. Siedentop/BA fragte, ob über eine Überarbeitung der Kenntnisnahme abgestimmt werden solle oder ein neuer Antrag zur Abstimmung freigegeben werde. Des Weiteren solle die Verwaltung im Vorfeld klären, welche Kosten für einen externen Berater aufkommen könnten.

Vorsitzender Wannhof/SPD gab an, dass die Verwaltung einen Maßnahmenkatalog mitteilen werde, der von den Mitarbeitenden und Leitung erarbeitet werden würde. Die Mitteilungsvorlage WP 20-25 SV 51/111 inhaltlich abzuändern wäre somit nicht zielführend. Es gab an, dass der Antragstext entsprechend abgeändert werden müsse. Eine Änderung des Antrags wäre somit abstimmungsfähig.

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass die Verwaltung im Vorfeld die Kosten eines externen Beraters einholen und prüfen müsse. Die daraus entstehenden Kosten seien zwar nicht im Haushaltsplanentwurf 2022 eingeplant, können jedoch aus anderweitigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen bat um die Formulierung eines neuen Antragstextes. Ebenso sei aufgefallen, dass die Vorstellung des Veränderungsprozesses der AREA51 von Mitarbeitenden und Leitung weit auseinandergehen. Durch die Mitwirkung und Unterstützung der zuge-

hörigen Mitglieder des Runden Tisches, könne die unterschiedliche fachliche Positionierung von Mitarbeitenden und Leitung ggf. behoben werden. Ebenso werde der Verlagerungsprozess zum Holterhöfchen ausgearbeitet werden können.

Frau Giesler/Verwaltung bestätigte, dass es unterschiedliche Auffassung in Bezug auf den Veränderungsprozess der AREA51 gebe, jedoch durch die Einberufung des Runden Tisches die Differenz ausgearbeitet werden können. Die Überlegung, dass Stadtteilkonzept zu verlagern, sei ebenfalls eine gute Grundlage für den Runden Tisch.

Rm Bauer/SPD gab an, dass ein Konzept für die Fraktionen sinnvoll sei, damit eine Vorberatung, Vorbereitung und Einarbeitung in die verschiedenen Themen im Vorfeld möglich sei.

S.B. Seume/Freizeitgemeinschaft Behinderte u. Nichtbehinderte Hilden e.V. bat die Verwaltung, die Akteure und Träger des Hildener Nordens in den Veränderungsprozess mit einzubeziehen.

S.B. Kenssi/Jugendparlament verlas folgende Ansprache:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vertreter des Jugendparlaments ist es meine Aufgabe die Interessen und Standpunkte der Jugendlichen hier im Jugendhilfeausschuss mit Ihnen zu teilen. Trotz derzeitiger starker Einschränkungen in unserer Jugendparlamentsarbeit, haben wir uns diesen Dienstag in einer Videokonferenz mit möglichst vielen Mitgliedern zu diesem Tagesordnungspunkt beraten.

Wir haben uns entschieden, uns zu diesem Thema zu äußern und hatten uns erst einmal mit wesentlichen Impulsfragen beschäftigt. Denn es ist in dieser Diskussion wichtig zu wissen,

- *Welche Jugendlichen betroffen sind und ob diese Alternativen haben?*
- Ist es das richtige Signal, den Jugendlichen die schon unter Corona gelitten haben, zu diesem Zeitpunkt einen offenen Bereich abseits der Schule zu nehmen?*

Uns ist bewusst, dass Kosten gespart werden müssen, dennoch darf man nicht die Jugendlichen und ihre Förderung aus dem Auge verlieren. Daher unterstützen wir als Jugendparlament die Idee der Ausarbeitung eines Konzepts und damit auch eine differenziertere Diskussion über das Thema auf politischer Ebene.“

Vorsitzender Wannhof/SPD gab den geänderten Antragstext zur Abstimmung frei.

Mit geändertem Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, den vorgesehenen Willensbildungsprozess zur Neuausrichtung des AREA51 in Form eines Runden Tisches, unter Anwendung des vorgeschlagenen Zeitplans, neutral moderieren zu lassen.

Daran zu beteiligen sind die Akteure und Träger des Hildener Nordens sowie das Jugendparlament und die Politik. Mitwirkende Bürgerinnen und Bürger werden nach Rücksprache der Mitglieder des Runden Tisches in den Prozess mit eingebunden.

Mit geändertem Antragstext Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

8.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 10.12.2021: PCR Pooltestung in Kindertagesstätten

Rm Kittel/CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU Fraktion beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeiten einer PCR Pooltestung in Kindertagesstätten zu eruieren. Dazu soll die Verwaltung umgehend Kontakt zur Stadt Düsseldorf aufnehmen, wo bereits eine Pooltestung in Kitas umgesetzt werden soll.

Vor diesem Hintergrund möge die Verwaltung Kenntnis erlangen über:

- a) Welche Voraussetzungen sind zur Durchführung der PCR Pooltestung in der KiTa erforderlich?*
- b) Wer führt die Testung praktisch durch?*
- c) Gibt es eine Altersbeschränkung der Kinder?*
- d) Wie hoch sind die anfallenden Kosten pro Gruppe sowie die Gesamtkosten?*
- d) Wie gestaltet sich derzeit die Testung in Hildener Kindergärten?*

Begründung:

Aufgrund der steigenden Infektionszahlen und zum Schutz der Kinder und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Einrichtungen ist die Einführung eines regelmäßigen PCR Pooltests anzustreben. Die Testung gilt als Barriere gegen die Pandemie und wird bereits in den Grundschulen entsprechend durchgeführt. Mit der Einführung des zweifachen Lollitest sollen schnelle Ergebnisse Gewissheit um den Gesundheitszustand bringen und so einen weiteren Infektionsverlauf verhindern. Diese Methode der Testung wird von der CDU Fraktion auch für die Kinder in Kindertagesstätten als sinnvoll erachtet. Nach Vorlage und Auswertung der Ergebnisse ist der Politik ein Konzept für die Durchführung der PCR Pooltestung in Kindertagesstätten vorzulegen.“

8.2 Anfrage der BA-Fraktion vom 10.12.2021: Kompensation für nicht in Anspruch genommene Mittagsverpflegung

S.B. Siedentop/BA verlas folgende Anfrage:

„Der Hauptausschuss hat stellvertretend für den Rat in seiner Sitzung am 12.05.2021 beschlossen, Eltern, die in den Monaten Februar, März, April 2021 aufgrund von eingeschränktem Regelbetrieb in den Kindertagesstätten und im Bereich der OGS überwiegend keine Mittagsverpflegung in Anspruch genommen hatten, die Zahlung eines Zuschusses in Höhe von 70 € pro Monat zur Kompensation von nicht erbrachten Leistungen zu gewähren. Am 30.06. d. J. hatte der Rat in selbiger Angelegenheit ein Antragsverfahren beschlossen, auf dessen Grundlage betroffene Eltern in den Genuss dieser Ersatz-Leistung kommen sollten.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Auskunft zu folgenden Fragen:

- 1. Wie viele Anträge wurden insgesamt gestellt?*
- 2. Wie hoch beläuft sich die Gesamtsumme, die an Eltern ausgezahlt wurde?*
- 3. Gab es Anträge, die abgelehnt werden mussten? Wenn ja, wie viele?*
- 4. Wie viele Kinder nehmen derzeit am Mittagstisch in den städtischen Kindertagesstätten, der OGS etc. teil?“*

Ende der Sitzung: 18:22 Uhr

Carsten Wannhof / Datum
Vorsitzender

Sonja Ockenfeld / Datum 21.12.2021
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
Beigeordneter